

Volks-Zeitung

Der tragische Tod Paul Levis - Republik Spanien? Frauenmord in Berlin N.? - Schiffsunfall auf der Elbe

**Bauarbeiten
in luftiger Höhe**



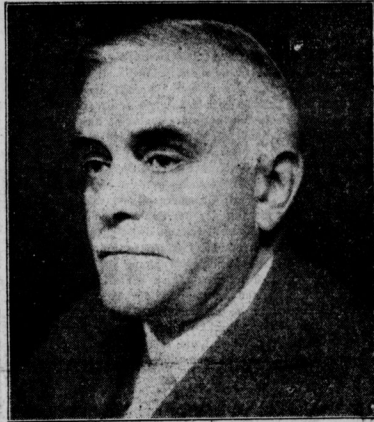
Die Nebelhorn-Bahn bei Oberstdorf, die bis zu 2000 Meter hinaufführen wird, geht ihrer Vollendung entgegen

Fritz Holl

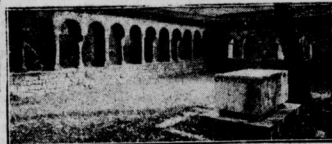


der frühere Leiter der Volksbühne, wurde zum Intendanten des Schauspielhauses in Köln vorgeschlagen

Oskar Heimann †



Der Mitinhaber des Modehauses R. M. Maassen, verdienstvoller Vorkämpfer des Messe-Gedankens, starb an den Folgen eines Schlaganfalls



700 jähriger Todestag Walters von der Vogelweide. Sein Grab in Würzburg.

Hausexplosion in Culmbach



Frau Popp wurde unter den Trümmern des Hauses tot aufgefunden - Ein Zusammenhang mit der Mordaffäre Neussdorffer ist bisher noch nicht festgestellt

Eishockey im Sportpalast



Die deutsche Nationalmannschaft besiegte die schweizerische mit 2:1 und erwirbt damit den Titel Europameister

Der Widerstand gegen die Liquidations-Abkommen

Beratung der Fraktionen / Ablehnung kann nicht verantwortet werden

Sämtliche Fraktionen des Reichstags, mit Ausnahme der Kommunisten, die erst am Dienstag tagen, beschäftigen sich heute vormittag und zum Teil nachmittags mit den Young-Gesetzen und den Liquidationsabkommen. Die Stellungnahme der meisten Parteien zum Youngplan selbst ist bekannt; eine ausreichende Mehrheit für ihn ist gesichert. Anders steht es bei den Liquidationsabkommen. Dass die gesamte Rechte, die Wirtschaftspartei und die Kommunisten dagegen stimmen werden, ist als selbstverständlich zu betrachten. Aber auch innerhalb der Regierungsparteien sind die Meinungen geteilt, und wenn einige von ihnen die Abstimmung darüber freizugeben wollen, so könnte das ausreichen, um die durch ein Rahmengesetz miteinander verbundenen Liquidationsabkommen zu gefährden. Wenngleich keine formale Ver-

bindung zwischen den Liquidationsabkommen und dem Young-Plan besteht, könnte eine Ablehnung des Liquidationsgesetzes doch zu unliebsamen Rückwirkungen auf die Realisierung des Young Planes führen, namentlich auf Frankreich, dessen Regierung mit Schwierigkeiten in ihrem Parlament zu rechnen hat und unter Umständen diesen Anlass als Vorwand ergreifen könnte, um sich diesen Schwierigkeiten zu entziehen. Die Reichsregierung wird daher alles daran setzen, um die Fraktionen der Regierungsmehrheit für die Zustimmung zu den Liquidationsabkommen zu gewinnen.

Die Beratungen des Reichsfinanzministers mit den Finanzsachverständigen der Regierungsparteien über den ordentlichen Haushalt für 1930 nehmen morgen vormittag 10 Uhr ihren An-

fang. Heute mittag 12 Uhr empfing Reichswirtschaftsminister Schmidt Vertreter der Regierungsparteien im Reichstag zu Besprechungen über das Gesetz betreffend den endgültigen Reichswirtschaftsplan.

Dem Reichstag sind jetzt auch die restlichen Young-Gesetze, nämlich die Änderungen des Reichsbankgesetzes und des Bankgesetzes zugegangen. Im Bankgesetz hatte der Reichsrat bekanntlich beschlossen, auch die Schuldverschreibungen kommunaler Körperschaften und aller öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute zum Lombardverkehr zuzulassen. In diesem Punkte hat die Reichsregierung eine Doppelvorlage eingebracht.

Der Gesetzentwurf über die Beteiligung des Reichs an der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse ist jetzt auch dem Reichstag zugegangen. Dem Gesetzentwurf liegt ein Abkommen des Reichs mit Preussen zugrunde. Der preussische Landtag hat dieses Abkommen bereits genehmigt.

Paul Levi †

Tragisches Ende des Politikers und grossen Anwalts

Auf tragische Weise ist gestern morgen der bekannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Paul Levi, einer der bedeutendsten Strafverteidiger, gestorben. Paul Levi war, wie aus der Berichterstattung des Reichsanwalts Jorns bekannt ist, vor etwa zehn Tagen an Grippe erkrankt, die eine doppelte Lungenentzündung mit sich brachte. Bereits am Freitag war der Zustand des Erkrankten als äusserst ernst zu bezeichnen. Man hatte deshalb die Schwester des Patienten aus Süddeutschland herbeigerufen, damit diese zusammen mit einer Krankenschwester den Bruder betreuen sollte. Am Sonnabend abend hatte Paul Levi über 40 Grad Fieber. Er hatte zwei stark dosierte Kampherpritzen bekommen, so dass er teilweise ohne Besinnung war. Gegen vier Uhr morgens erwachte der Kranke plötzlich und verlangte von der bei ihm wachenden Schwester etwas zum Trinken. Kaum hatte die Schwester das Zimmer verlassen, als Paul Levi, offenbar im Fieberwahn, an das Fenster seiner im vierten Stock gelegenen Wohnung im Hause Lützowstr. 37 ging, um sich frische Luft zu verschaffen. Bei dem ausserordentlich niedrigen Fensterstimm der Mansardenwohnung ist dann der Kranke in der Dunkelheit auf die Strasse gestürzt. Der Unfall war sofort bemerkt worden. Leider war ärztliche Hilfe vergeblich. Paul Levi hatte sich bei dem Sturz einen Bruch der Wirbelsäule zugezogen, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Mit Paul Levi ist ein Politiker und Jurist von Format und, was schwerer wiegt, ein Mensch mit reichem Wissen und Kultur und steter Hilfsbereitschaft von uns gegangen. Das Wirken des Politikers und Juristen Levi wird gleicherweise gekennzeichnet durch seinen stark ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit, aus dem heraus er es als selbstverständliche Pflicht ansah, für die Enterteten und Unterdrückten einzutreten, wo immer sich eine Möglichkeit bot. Als Parlamentarier wie als Anwalt setzte er sich für Recht und Wahrheit ein, er war ein Freiheitskämpfer, wie sie selten anzutreffen sind. Die Armen und Verzweifelten aus dem Dunkel der Not zum Licht zu führen, sah er als Menschenpflicht an. Ihnen zu helfen, war der Inhalt seines Lebens.

Bereits während des Krieges gehörte er dem Spartakusbund an. Nach dem Umsturz wurde er Führer der kommunistischen Partei. Als Moskau seine sinnlose, unheilvolle Putschaktion begann, trat Levi, treu seiner pazifistischen, den Bürgerkrieg ablehnenden Überzeugung, zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei über. Bei ihrer Vereinigung mit der sozialdemokratischen Mehrheitspartei wurde er deren Mitglied und vertrat für diese Partei auch den Wahlkreis 30 (Chemnitz-Zwickau) im Reichstag. Er stand auf dem äussersten Flügel der Partei, aber es spricht für den ehemaligen kommunistischen Parteiführer, dass er in der Sozialdemokratischen Partei und Fraktion, obwohl er seine oppositionelle radikale Überzeugung nie verhehlte, Disziplin zu halten verstand und bei Geltendmachung seines gegensätzlichen Standpunktes nie den Boden der Sachlichkeit verliess.

Ebenso gross wie sein Ruf als revolutionärer Politiker war sein Ruf als Anwalt. Er stand seinem Mann im Kampf ums Recht auch auf dem Justizforum. In einer Reihe von politischen Prozessen bewährte er sich mit seinem messerscharfen Verstande und seiner blendenden Rednergabe als Verteidiger, so dass in der letzten Zeit kaum ein grösserer Prozess politischen Charakters gegen Angehörige der Linken geführt wurde, in dem nicht Paul Levi in der Rolle des Verteidigers für die Interessen und das Recht seiner Klienten leuchtete. In Thüringen stand er dem Staatsbankpräsidenten Loeb, den sich die Reaktion als Opfer aussersehen hatte, zur Seite, in Leipzig bekämpfte er die „Landesverratsache“, die Reichsrichter, die die Kritik am Jakubowski-Urteil und die die Aufklärung des Falles nicht vertragen, erlebte ihn als Ankläger, und im Prozess des Reichsanwalts Jorns brachte er Licht in die skandalöse Untersuchung des Mordes an Liebknecht und Rosa Luxemburg, mit denen ihn Freundschaft verband, bevor sie den Mordmördern zum Opfer fielen.

Paul Levi ist 47 Jahre alt geworden. Zu früh hat ihn ein tragisches Schicksal aus vollem Wirken gerissen, zu früh endete ein Arbeit, Kämpfen und Erfolgen reiches Leben, von dem man noch vieles erwarten durfte.

Persönlichkeit und Partei

Kultusminister Grimme prophezeit das Ende des Individualismus

Der Hauptausschuss des preussischen Landtags begann heute die Vorbereitung des Kutschepowgesetzes.

Der neue Kultusminister Grimme erklärte, er lege mit Absicht kein detailliertes Programm vor, sondern wolle seine Grundhaltung formulieren. Minister Becker sei es auf die Bildung der Persönlichkeit angekommen, er habe aber eine fundamentale Tatsache nicht in Rechnung gestellt, dass heute die Persönlichkeit nur wirken könne als Exponent einer Machtruppe.

Die Geschichte frage nicht danach, ob dies dem einzelnen behage oder nicht. Die Spannung von Persönlichkeit und Partei müsse ausgehalten werden. Die politische Persönlichkeit, so hob der Minister hervor, kann heute nur solange wirken, wie sie von einem Machverband getragen wird. Marionette oder Exponent einer Partei zu sein, ist wesentlich zweierlei. Im Zeitalter der erwachten Massen hat die Persönlichkeit ja nicht ihre Bedeutung verloren — ist doch unsere Aufgabe die Erlösung der Masse zu Menschen! Aber es ist vorbei mit dem auf sich gestellten Individualisten.

Staatsminister Becker ist in seinem Ende der letzte Repräsentant eines individualistischen Zeitalters gewesen.

Darum hat der kürliche Wechsel im Amte des preussischen Kultusministers symptomatische Bedeutung. Es ist mir heute nicht möglich, die Arbeiten meines Vorgängers an dieser Stelle zu würdigen. Nur etwas möchte ich unterstreichen haben: Er wie keiner konnte die Gebildeten für die Republik gewinnen! Wenn ich seine Erbschaft mustere, so sehe ich vieles grundsätzlich, sogar abweichend anders. Aber

in einem wird die Aera Becker eine Fortsetzung erfahren, nämlich in der Beantwortung der Frage, dass uns Deutschen nur eine Wahl bleibt: Chaos oder Republik.

Ich versage mir, heute schon mit einer programmatischen Erklärung hervorzutreten. Meiner Art liegt nicht so sehr, von Programmen zu reden. Mir kommt es an auf Arbeit und Einzelentscheidung. Ich habe nicht seit Jahren ein Programm auf die Brust gedrückt, ich höre nicht zu denen, die glauben, dass zielbewusste und energische Arbeit nur die sei, die im Raketenstempel in ihre Umgebung hineinwirft. In kulturellen Fragen steht höher als das Tempo das Durchdenken. Wesentlicher als der aktuelle ist mir der ausgereifte Gedanke.

Kutjepow-Recherchen in Berlin

Zwei Pariser Kriminalkommissare sind hier — Russen, die plötzlich verschwunden sind

Die beiden Pariser Kriminalkommissare, die sich zurzeit in Berlin befinden, um im Zusammenhang mit dem rätselhaften Verschwinden des früheren russischen Generals Kutjepow Nachforschungen anzustellen, haben heute vormittag gemeinsam mit dem mit der Bearbeitung dieser Angelegenheit beauftragten Berliner Kriminalkommissar Dr. Braschwitz eine Reihe von russischen Emigranten vernommen.

Es handelt sich vor allem um Leute, die in Berlin in der antioberjetistischen Liga der russischen Emigranten tätig sind und die in enger Verbindung mit der Pariser Zentrale stehen. Aus ihrer Vernehmung geht hervor, dass Kutjepow wenige Tage vor seinem Verschwinden sich in Berlin aufhalten und hier eine Reihe von Besprechungen hatte. Seltsamerweise sind aber einige wichtige Persönlichkeiten, mit denen Kutjepow ebenfalls verhandelt hat, nicht mehr in Berlin aufgefunden; es ist anzunehmen, dass diese Personen Berlin verlassen haben, aber man weiss nicht, wo sie sich gegenwärtig aufhalten. Es besteht natürlich die Möglichkeit,

dass es sich bei den aus Berlin so auffallend plötzlich abgereisten Persönlichkeiten um Spitzel der Tscheka handelte, die es verstanden haben, sich in die russischen Emigrantenkreise einzuschleichen und dort zu spionieren. Dafür, dass der verschwundene General nach Deutschland verschleppt sein könnte, wie ursprünglich angenommen wurde, besteht nach den neuen Vernehmungen kein bestimmter Anhaltspunkt, dass aber Fäden

nach Berlin laufen, die mit der Affäre in Zusammenhang stehen, ist durchaus nicht von der Hand zu weisen.

Papst-Brief gegen die Sowjet-Regierung

Der Kampf gegen die Kirche in Russland

Papst Pius XI. sandte an seinen Generalvikar, Kardinal Pompi, ein Schreiben, in dem er ihm seinen Schmerz über die Verbrechen und die Verfolgungen gegen Gott und gegen die katholische Kirche, die in Russland begangen wurden, zum Ausdruck bringt, und an die von ihm unternommenen Schritte erinnert, um diesen furchtbaren Verfolgungen Einhalt zu gebieten.

Der Papst spricht sein Bedauern darüber aus, dass sein Vorschlag, die Anerkennung der Sowjetrepublik von der Konfessionsfreiheit und von der Glaubensfreiheit abhängig zu machen, auf der Konferenz von Genoa nicht angenommen wurde. Der Papst zählt eine lange Reihe von Verbrechen auf, die in Russland gegen die Religion begangen worden seien. Unter Hinweis auf seine Bemühungen, den Opfern der Verfolgungen beizustehen, verkündet der Heilige Vater, er werde am 18. März persönlich einen feierlichen Sühne- und Bittgottesdienst in der St. Peters-Basilika zelebrieren und hoffe, dass alle Katholiken der Welt sich seinem Gebet anschliessen werden.

Jorns-Prozess heute vertagt

Der Vorsitzende des Jorns-Prozesses teilte im heutigen Verhandlungstermin mit, vom Angeklagten Borstein sei ein Brief eingegangen, in dem er anzeigte, dass er wegen des Todes des mit ihm befreundeten Verteidigers Dr. Paul Levi zur heutigen Verhandlung nicht erscheinen könne. Der Vorsitzende erklärte, das Gericht könne es verstehen, dass der Angeklagte nicht die nötige Sammlung aufbringen könne, um der Verhandlung zu folgen.

Die Weiterverhandlung wurde auf morgen vertagt, doch wird auch morgen vielleicht nur formal verhandelt werden, um dann wieder zu vertagen.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte veranstaltet am Sonntag, 16. Februar, im Meistersaal Köthener Strasse, um 11½ Uhr mittags eine Trauerfeier für Dr. Paul Levi. Karten ab Mittwoch durch die Geschäftsstelle der Liga, Mombjournplatz 10, Eingang I, III Treppen.

Nationalfeiern Pflicht für französische Beamte. Der französische Ministerpräsident Tardieu hat durch ein Rundschreiben sämtliche Ministerien daran erinnert, dass die Beamten die Pflicht haben, an den von der Regierung anlässlich der Nationalfeiertage veranstalteten Feierlichkeiten teilzunehmen.

Alfons Präsident der spanischen Republik?

Angeblicher Vorschlag des Grafen Romanones

LONDON, 10. Februar.

Der frühere spanische Ministerpräsident Graf Romanones hat, nach einer Meldung aus Madrid, den Aufsehen erregenden Vorschlag gemacht, Spanien in eine Republik umzuwandeln und König Alfons für Lebenszeit zum Präsidenten zu wählen. Auch von den Radikalen wird eine Kundgebung veröffentlicht, in der die Errichtung der Republik befürwortet wird.

Zu grosses Risiko

Der „Völkische Beobachter“ teilt mit, dass die Hamburg-Bremer Versicherungsgesellschaft der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei den Vertrag gekündigt habe, der die Nationalsozialisten und ihre Hinterbliebenen im Falle von Gewalttätigkeiten rückversichert. Hitler erlässt nunmehr eine Erklärung, wonach für alle nationalsozialistischen Parteimitglieder die Beitragszahlung zur „S.-A.-Versicherung“ obligatorisch erklärt wird.

